217a 36. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 1. Mai 1907

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

56. Sitzung vom 30. April.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **v. Heyking** (kons.)

wünscht bessere Verbindungen für Kattowitz und die Umwandlung einzelner Strecken in zweigleisige. In baldigen Angriff müßte auch die Strecke Tarnowitz—Pleß genommen werden.

Abg. **v. Bülow** (Homburg, natl.)

fordert die Linie Weyhar—Altshausen—Grävenwiesbach.

Abg. **Stanke** (Ztr.)

tritt für bessere Verbindungen für Annaberg ein.

Abg. **Gerhardus** (Ztr.)

tritt für den Bau einer Eisenbahn von Neuwied nach Waldbreitbach — Wiedenmühl ein, ferner für Anschließung des Kreises Altenkirchen durch die Strecke Mosbach—Friesenhagen-Hohenheim.

Abg. **Westermann** (natl.)

führt aus, daß es an einer Verbindung der großen Industriegebiete des Wuppertales und der bergischen Lande mit dem Hauptkohlengebiet fehle. Redner macht verschiedene Vorschläge für diese Verbindung.

Abg. **Glatzel** (natl.)

befürwortet eine direkte Verbindung durch den östlichen Zipfel Ostpreußens, durch die die Strecke Petersburg—Berlin um 700 Kilometer abgekürzt würde. Er fordert ferner eine vollgleisige Nebenbahn von Kadzuthen nach Gudden.

Abg. **v. Savigny** (Ztr.)

bittet um Verlängerung der Linie Paderborn—Lippspringe über Lippspringe hinaus und befürwortet eine ganze Zahl neuer Bahnstrecken zur Erschließung des Kreises Büren.

Abg. Dr. **Pahlem** (Ztr.)

fordert bessere Verbindung von Westerwald nach dem Rhein und der Lahn. Bisher sei der Westerwald stiefmütterlich behandelt worden.

Abg. **v. Schmeling** (kons.)

wünscht bessere Schienenverbindung zum Hafen Stolpmünde. Im Stolper Bezirk dürfe die Entwickelung des Kleinbahnwesens noch nicht als abgeschlossen gelten.

(Während Vizepräsident Dr. **Porsch**, der heute seinen 54. Geburtstag feiert, das Präsidium führt, ist der Präsidentensitz mit einem prächtigen Blumenstrauß geschmückt worden.)

Abg. **de Witt** (Ztr.)

begründet Eisenbahnwünsche von Wipperfürth und Bergisch-Gladbach.

Abg. **Cahensly** (Ztr.)

empfiehlt Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Köln und Frankfurt unter Benutzung der Westerwaldquerbahn.

Abg. **Spilgies** (kons.)

bedauert den langsamen Ausbau der Strecke von der Tilsiter Niederung nach der russischen Grenze.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.)

verlangt eine Nebenbahn Worbis—Großbodungen.

Minister **Breitenbach**

erwidert, die Vorarbeiten zu dieser Strecke haben begonnen, doch habe sich noch keine sichere Grundlage schaffen lassen.

Abg. Dr. **Hahn** (B. d. L.):

Wenn ich einmal der Eisenbahnminister wär', mein Erstes wäre das: (Heiterkeit.) Ich würde die Sackbahn von Westermünde nach Lederkesa ausbauen. (Heiterkeit.) Redner empfiehlt weiter den Bau einer Brücke über die Oste zur Verbindung von Bahnhof nach Stadt Osten. Die dort jetzt bestehende Fähre versage im Winter, das Eis sei aber nicht immer tragfähig genug, so daß oft Menschen in Gefahr schweben. Die Städte Osten und Neuhaus seien in letzter Zeit an Einwohnerzahl zurückgegangen. Das falle nur auf die schlechte Eisenbahnverbindung zurück. Eine Stärkung der kleinen Ortschaften mit so kerniger Bevölkerung sei mit allen Mitteln zu erstreben und zwar bald, damit nicht der Minister und Redner selbst zuvor wegsterben. (Heiterkeit und Bravo.)

Abg. Graf **Strachwitz** (Ztr.)

wünscht eine Bahn zwischen Groß-Strehlitz und Bojowska.

Abg. **Holtz** (freik.)

befürwortet im Interesse seines Wahlkreises Schwetz eine Bahn von Daskowitz nach Schwetz, wodurch die Verbindungen mit Graudenz erleichtert würden.

Abg. Dr. **am Zehnhoff** (Ztr.)

tritt für bessere Verbindungen in der Eifel gegend ein. Ich wünschte, man würde dem Herrn Minister jeden Morgen beim Kaffee zurufen: Herr, gedenke der armen Eifel! Der Hauptwunsch ist die Weiterführung der Ahrbahn bis Blankenheim.

Abg. Dr. **Boltz** (natl.)

bedauert, daß in dem Gesetz nur 21 Millionen zur Beschaffung neuer Betriebsmittel eingesetzt sind, nicht wie im Vorjahre 100 Millionen. Es ist damit wieder der Eintritt von Wagenmangel zu befürchten. Ich will hier keinen Antrag stellen, hoffe aber, daß im nächsten Jahre der Fehler gutgemacht wird.

Abg. Dr. **Lottichius** (natl.)

fordert bessere Verbindung vom Westerwald nach dem Rhein und der Lahn.

Abg. **Volger** (freik.)

plädiert für eine Bahn Herkeshausen—Uslar—Schönhagen.

Abg. **Fink** (natl.):

Die Eisenbahnverhältnisse der Provinz Hannover kranken daran, daß Hannover gar nicht von den großen Eisenbahnstrecken berührt wird. Nötig wäre eine bessere Verbindung für die Strecke Hannover—Hamburg, die durch die Strecke Hannover—Celle ergänzt werden könne. Auch die Verhältnisse auf der Strecke Hannover—Hildesheim seien unhaltbar. Für zwei so große Städte müßte eine direkte Verbindung vorhanden sein.

Abg. **Fischbeck** (fr. Vp.)

bedauert, daß er hier nicht auf den Wagenmangel bei dem Bezug von Düngemitteln eingehen könne. Der Abg. Müller-Meiningen wird sich gegen die Vorwürfe über seine Agitation betreffend der thüringischen Eisenbahnen noch selbst verteidigen. Redner fordert die schon mehrfach geforderte Strecke Hirschberg—Liegnitz.

Abg. **Linz** (Ztr.)

bringt verschiedene Wünsche für den Kreis Kochem vor und wünscht bessere Verbindung zwischen Geisenheim und Frankfurt.

Abg. **Rehbel** (kons.)

ersucht den Minister, ein warmes Herz für den Kreis Heidenburg zu zeigen und die dortigen Wünsche zu erfüllen.

Abg. **Metzner** (Ztr.)

tritt für einen flotteren Betrieb auf der Strecke Steinau—Gogelin ein, die ganz in Staatsbetrieb übernommen werden müsse. Redner fordert ferner die Weiterführung der Strecke Neustadt—Steinau über Jülz hinaus sowie die Inangriffnahme der Strecke Neisse-Steinau.

Ein **Regierungskommissar**

erklärt, daß für die Strecke Neisse—Steinau ein Unterstützungsantrag noch nicht entschieden wäre. Von einer Fortführung der Strecke Neustadt—Steinau nach Jülz sei nichts bekannt.

Abg. **v. Brockhausen** (kons.)

bedauert, daß in Hinterpommern nur eine Vollbahn bestehe. Pommern habe auch in der diesjährigen Vorlage nur eine Bahn erhalten, während die übrigen östlichen Provinzen reicher bedacht wären. Das pommersche Sekundärbahnnetz entbehre der Einheitlichkeit. Dringlich sei eine Bahn Regenwalde—Schivelbein. Wünschenswert sei auch eine bessere Verbindung vom Süden nach dem Norden. Die Strecke Neustettin—Konitz müsse zur Vollbahn ausgebaut werden.

Minister **Breitenbach**:

Wenn die Staatseisenbahnverwaltung bisher geglaubt hat, es sei ihr gelungen, das Staatseisenbahnnetz so gut wie auszubauen und zum Nutzen der einzelnen Landesteile neue Bahnen zu schaffen, so bin ich durch den Verlauf der Debatte gestern und heute dahin belehrt worden, daß diese Aufgabe der Staatseisenbahnverwaltung noch lange nicht erschöpft ist, und daß sie uns noch Jahrzehnte beschäftigen wird. Wenn ich auf die einzelnen Wünsche nicht geantwortet habe, so ergibt sich das aus der Natur der Sache. Sie können sich aber darauf verlassen, daß alle diese Wünsche einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen werden und können aus der Vergangenheit wohl die Hoffnung schöpfen, daß überall da, wo die dringendsten Bedürfnisse nachgewiesen sind, auch den einzelnen Wünschen entsprochen wird. Endlich können Sie auch das Vertrauen haben, daß hinsichtlich der Reihenfolge der Befriedigung der einzelnen Wünsche die Staatsregierung objektiv urteilen wird. (Beifall.)

Die Besprechung schließt. Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Initiativanträge und Petitionen.

Schluß gegen 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung vom 30. April.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. Freiherr **v. Hertling** (Ztr.) fortfahrend:

Nun ein Wort über die aufgeworfene Abrüstungsfrage. Ich meine, daß es sich hier eigentlich von vornherein um ein ganz falsch gestelltes Problem handelte. Nur eine Abrüstung zur Anbahnung des ewigen Friedens denkt ja auch unter den proponierenden Mächten keine einzige. Wir haben ja gehört, daß Präsident Roosevelt in der letzten Jahresbotschaft von 1906 gesagt hat, daß es verbrecherisch sei, wenn ein Volk sich nicht im Frieden für den Krieg rüste, und wir haben auch neulich wieder in demselben Sinne von ihm gehört: das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens ist die Vorbereitung zum Kriege. In ähnlichem Sinne hat man sich vor kurzem in England geäußert. Also an eine volle Abrüstung im eigentlichen Sinne denkt niemand. Wenn man aber nicht an die volle Abrüstung denkt, dann ergeben sich von vornherein in der ganzen Frage sofort die größten Schwierigkeiten. Wo soll denn der gemeinsame Maßstab gefunden werden, an dem sich die Abrüstung für die verschiedenen Völker bemessen läßt. (Sehr richtig!) Einen solchen Maßstab kann man nur finden, wenn man die besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Länder mit in Betracht zieht. Aber es bedarf doch nur eines ganz kurzen Blickes auf die verschiedenen hier in Betracht kommenden Länder, um die ganzen unlösbaren Schwierigkeiten herausfinden zu lassen. Denken wir an die ganz eigenartige Stellung der Vereinigten Staaten im nordamerikanischen Kontinent, im Osten und Westen vom Meere begrenzt, im Norden an Kanada anstoßend, dort ist nicht einmal eine erhebliche Armee vorhanden; oder denken wir an England auf seiner, wie gesagt wurde, Inselburg, wo seit Jahrhunderten der Fuß eines Eroberers nicht mehr gesehen worden ist, oder vergleichen Sie die Lage Deutschlands in der Mitte Europas, an acht fremde Staaten angrenzend. Oder denken wir an die Lage Rußlands, das sich über zwei Kontinente ausdehnt und mit schwierigen Verhältnissen zu ringen hat. Oder denken wir an Oesterreich-Ungarn, das immer noch vom Balkan Gefahren aufsteigen sieht. Welche Abrüstungen soll man denn gerechterweise den ganz verschiedenen Nationen nach ihren Bedürfnissen und Verhältnissen zumuten? Es ist gar nicht möglich, hier einen gerechten, einen billigen, einen vernünftigen Maßstab zu finden. (Sehr richtig!) Ich halte die Abrüstungsfrage in bestem Falle für eine akademische Doktorfrage. (Lebhafter Beifall.) Ich bin der Meinung, daß dem europäischen Frieden sehr gedient sein würde, wenn diese Frage auf Jahrzehnte von der Tagesordnung gänzlich verschwinden würde. (Laute Bravorufe.) Wenn auf der Friedenskonferenz von den verschiedenen Mächten die Abrüstungsfrage diskutiert werden wird, so wird Deutschland das auch nicht hindern können; aber ich bin der Meinung, daß man deutscherseits sich am besten an der Diskussion dieser Frage gar nicht beteiligen sollte. (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.) Mögen die anderen Nationen sie diskutieren, sie werden alsdann finden, daß die sich hier ergebenden Schwierigkeiten gar nicht lösbar sind. Es wird sich zeigen, daß, wenn da oder dort eine Verständigung gefunden werden sollte, das eine bloße Scheinverständigung ist. (Sehr richtig!) Es wird sich zeigen, daß, wenn etwa Beschlüsse gefaßt werden sollten, diese Beschlüsse wegen Undurchführbarkeit auf dem Papier stehen bleiben. Ich glaube, bei der zweifellos friedlichen Gesinnung Deutschlands wird es die verständigste Politik sein, die Behandlung dieser akademischen Frage denen zu überlassen, die daran Gefallen haben, unsererseits sich aber nicht daran zu beteiligen. (Beifall.)

Ich komme zum Schluß. Meine Darlegungen haben vielleicht zum Teil nicht dem entsprochen, was neuerdings in der deutschen Presse so vorderinglich zum Rüstung gebracht worden ist. Ich nehme an, daß das durch andere Redner noch geschehen wird. Aber ich glaube, in zwei Punkten sind wir in diesem Hause alle einig. Wir wollen eine ruhige, konsequente friedliche Politik (sehr wahr! Beifall), aber wir wollen dabei den Schein vermeiden helfen, als ob wir uns dabei von einem Gefühl der Schwäche leiten lassen. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.) Wir wissen, daß wir dazu keinen Grund haben (sehr richtig!), und wir haben neuerdings aus den Worten des Herrn Kriegsministers die Versicherung bekommen, daß wir dasjenige besitzen, was der Präsident Roosevelt als das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens bezeichnet hat. (Beifall.) Und zum zweiten meine ich, wenn sich um uns herum Freundschaften bilden, an denen wir nicht beteiligt sind, so wollen wir das aufmerksam, wachsam, aber ohne Empfindsamkeit beobachten. (Zustimmung.) Aber wir wollen auch nicht den Schein aufkommen lassen, als ob es keinen Wert für uns, die Freundschaft des mächtigen Deutschen Reiches zu besitzen. (Allseitiger lebhafter Beifall, Fürst Bülow nickt zustimmend.)

Abg. **Winckler** (kons.):

Es freut mich, daß ich hier im Auftrage meiner politischen Freunde sprechen kann. Die Rede des Abgeordneten Freiherrn v. Hertling bestärkt mich in der festen Zuversicht, daß die heutigen Verhandlungen ein großes Maß von Einigung in der Frage der auswärtigen Beziehungen zeigen werden. Ich kann mit Freuden an die letzten Worte des Abg. Freiherrn v. Hertling anknüpfen. Zunächst habe ich zu sagen, ebenso wie es der Freiherr v. Hertling getan hat, daß auch meine politischen Freunde dem Reichskanzler dankbar sein würden, wenn er uns heute Auskunft geben wollte über die auswärtigen Beziehungen des Reiches und die internationale Lage. Ich würde mich freuen, wenn diese Aufklärungen, die der Reichskanzler uns geben kann, denselben optimistischen Grundzug zeigen werden, von dem die Worte des Vorredners getragen waren, das Vertrauen in die Aufrechterhaltung des Friedens stärken werden. Ich will weder optimistisch noch pessimistisch sprechen, aber ich glaube wohl sagen zu können, daß der Kreis der Situation uns vollkommen vor Augen steht, und daß die ganze Lage doch wohl geeignet ist, uns auf die Worte der Thronrede von 1905 zurückzuführen, wo auch die Rede davon war, daß Deutschlands Absichten verkannt werden. Auch jetzt stoßen wir überall auf Verkennung von Deutschlands Absichten. Herr v. Hertling sprach von einer verhältnismäßig freundlichen Bemerkung aus Amerika; ich habe sie nicht so sehr freundlich gefunden, im Gegenteil, sie ist mir so recht ein Beweis gewesen für die Verkennung deutschen Wesens und deutscher Sinnesart. Wenn gesagt worden ist, der Deutsche Kaiser möge sich doch auf die Höhe seiner Pflichten beflinnen, daß der Krieg aus der Welt verschwinde — eine wunderbare Auffassung, als wenn lediglich der Wille des Kaisers maßgebend wäre, und hinter ihm ein gekuechtetes Volk stände, und als wenn Deutschland allein schuld daran wäre, wenn nicht der Friede der Welt gesichert sei. Ein deutscher Mann, Professor Münsterberg hat da Carnegie die rechte Antwort gegeben, daß Deutschland durchaus nicht unter seiner Militärlast seufze, weder ideell noch materiell; und wenn Herr Carnegie ihm darauf erwiderte, er wolle einen deutschen Professor nicht vom Gegenteil belehren, so erkläre ich: Das, was Professor Münsterberg ausgeführt hat, war nicht die Ansicht eines deutschen Professors, sondern die deutsche Auffassung. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ich möchte hier auf der Tribüne des Reichstages dem Mann danken, der als Deutscher so in Amerika gesprochen hat. Die Worte, die Roosevelt vor einigen Tagen gesprochen hat, die als ein rocher de bronce gelten und als ein feststehender Grundsatz hingestellt werden, daß die beste und sicherste Art, einen Krieg zu vermeiden die sei, vorbereitet zu sein. Diese Worte haben auch für uns Bedeutung. Im Auftrage meiner politischen Freunde möchte ich gerade aus unserer heutigen Sitzung heraus dem preußischen Kriegsminister danken für die schlichten und in ihrer Schlichtheit stolzen Worte, die er heute vor acht Tagen in diesem Saale gesprochen hat. Es waren Worte ohne Ruhmredigkeit, schlichte Worte, wie wir sie von unserem Kriegsminister zu hören gewohnt sind. Wir haben von ihm gehört, daß unsere Armee schlagfertig ist. Wir haben mit Freuden gehört, daß die Heeresverwaltung selbst die Armee als ein Friedensinstitut betrachtet. Wir freuen uns, von ihm die Anerkennung gehört zu haben, daß der Reichstag der Heeresverwaltung alles bewilligt hat, was sie von ihm verlangt hat zur Vervollkommnung der Bewaffnung der Armee. Wenn wir noch einmal auf diese Worte des Kriegsministers zurückkommen, so hat das eine doppelte Bedeutung. Es ist nicht nur die Bedeutung eines Rückblickes in die Vergangenheit, sondern auch die Bedeutung eines Ausblickes in die Zukunft. (Hört, hört!) Auch in Zukunft soll unser Kriegsminister so sprechen können; dafür werden wir sorgen. (Beifall rechts.) Lassen Sie mich in diesem Zusammenhange noch einmal an das Wort des Generalfeldmarschalls Moltke erinnern, das dem Auslande klar macht, zu welchem Zwecke wir unsere Rüstung haben — es war nach dem Kriege von 1870/71. — Er sagte: Was wir in einem halben Jahrhundert erworben haben, das werden wir ein halbes Jahrhundert hindurch zu verteidigen haben. Von dem halben Jahrhundert sind 36 Jahre verflossen. 36 Jahre hat unser Volk bewiesen, daß es eine Rüstung aufrecht erhält, um zu verteidigen das, was es erworben hat. Man sollte mit der Tatsache mehr rechnen, als es tatsächlich geschehen ist. Wir haben neulich in einem beachtenswerten Artikel eines Berliner Blattes gelesen, daß eine Fülle freundlicher Gefühle für Deutschland aller Orten in der Welt vorhanden sei. In der auswärtigen Presse ist auch auf diesen Artikel hingewiesen worden. Er knüpft an an die bevorstehenden internationalen Verhandlungen und die Abrüstungsfrage.

Diese Abrüstungsfrage ist in den letzten Monaten in den Vordergrund der politischen Erörterungen getreten. Man hat von der Behandlung dieser Frage sogar eine Verschiebung der Gruppierungen erwartet. Ob diese Verhandlungen dazu wirklich führen werden, werden wir abwarten, und wenn sie ein Prüfstein werden sollten der bisherigen Gruppierung, so soll es uns auch recht sein. Wir wollen gern hell sehen, und das, was wir wollen, kann das helle Licht vertragen. Die russische Regierung hat zuerst diese Frage zur Behandlung vorgeschlagen. Jetzt gehen die Bestrebungen der russischen Regierung darauf hinaus, die Humanisierung des Landkrieges auf den Seekrieg zu übertragen. Es wäre erfreulich, wenn das erreicht werden könnte, was ein halbes Jahrhundert vorher auf der Seerechtskonferenz in Paris im Jahre 1856 nicht erreicht worden ist. Damals brachten die Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag ein, daß Privateigentum nicht als Konterbande zu betrachten sei. Wenn wir die letzten Jahre überblicken, so finden wir, daß sich der Landkrieg immer humaner gestaltet hat, daß aber der Seekrieg immer inhumaner geworden ist. Das hat der Burenkrieg und der russisch-japanische Krieg gezeigt. Ein Seekrieg ist jetzt geradezu ein Weltkrieg, bei dem ganz andere Faktoren beeinflußt werden als bei einem Landkriege. Wir haben in dem letzten Kriege selbst peinliche Erfahrungen in dieser Beziehung gemacht. Wir können nur wünschen und hoffen, daß diese Bestrebungen der russischen Regierung Erfolg haben. Wenn in dieser Beziehung die Konferenz Erfolg hat, so wäre damit der Sache der Humanität ein großer Dienst geleistet, den niemand lebhafter begrüßen wird als wir in Deutschland. Die Abrüstungsfrage stand nicht auf der von der russischen Regierung vorgeschlagenen Tagesordnung, sie ist von englischer Seite auf die Tagesordnung gesetzt. Da kann ich mich nur den Worten des Herrn v. Hertling anschließen. Bei unserer Ueberzeugung, daß das sicherste Mittel, den Krieg zu vermeiden, die Schlagfertigkeit der Armee ist, können wir uns auf keine Verhandlungen einlassen, die geeignet sind, uns die freie Entschließung über den Grad unserer Rüstung zu nehmen. Wir wollen doch ruhig einmal abwarten, wie es dann aussehen wird, wenn der Zeitraum zu Ende sein wird, von dem Moltke sprach. Noch fehlen 14 Jahre an dem halben Jahrhundert. Wenn nach 14 Jahren die Welt sich geändert haben sollte, wer weiß, wie dann auch wir zu dieser Frage Stellung nehmen werden. Vielleicht hören wir dann von Tagesbefehlen französischer Kommandeure an unseren Grenzen, die Friedfertigkeit atmen. Vielleicht ist dann auch eine Wandlung bei unseren Vetern jenseits des Kanals geschehen. Ich möchte bei dieser Frage das edle Wort des Präsidenten Roosevelt erinnern, daß alle Völker die Fortschritte der anderen Völker als ihre eigenen begrüßen sollten. Hat sich die Welt dann so gewandelt, dann werden wir darüber reden können. Zum Schluß möchte ich unserer Regierung ein ernstes Wort zurufen: Ein Zeitalter, wie es für unser Volk das Zeitalter Kaiser Wilhelms und des Fürsten Bismarck gewesen ist, hinterläßt tiefe Spuren in seinem Denken, in seinem Fühlen, in seinem Wollen. Wie tief die Spuren sein werden, das wird sich dann zeigen, wenn es heißen sollte: das Vaterland ist in Gefahr. Unser Volk hat ein feines Gefühl für unsere nationale Ehre und Würde, und das macht sich heute ganz besonders geltend. Mögen die Haager Friedensverhandlungen von unseren Vertretern so geführt werden, wie es dem Empfinden unseres Volkes entspricht, das heißt in der Richtung einer ruhigen und festen Ablehnung aller der Bestrebungen, welche darauf abzielen könnten, unserem Volke die freie Entschließung über das Maß der Rüstungen, die wir zur Wahrung unser nationalen Machtstellung für richtig halten, aus der Hand zu winden. Wenn der Reichskanzler diesen Willen unseren